

GERMAN INSTITUTE FOR ECONOMIC RESEARCH

GRUNDLEGENDE MÄNGEL GEGENWÄRTIGER POLITIK WARUM DIE REGIERUNGSPARTEIEN AN ZUSPRUCH VERLIEREN

Bruno Hollnagel

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Klientelpolitik.....	2
Beispiel für Klientelpolitik – Subventionierung von Kraftstoff.....	4
Denken in Blasen.....	6
Zweifel an der Qualifikation politischer Akteure.....	6
Bruch von Wahlversprechen	6
Missachtung eigener Vorgaben	7
Verzerrte politische Kommunikation	7
Kurzfristiges politisches Denken.....	7
Vernachlässigung des Wir-Gefühls.....	8
Verlust des politischen Profils.....	8
Politik vom Mainstream statt von schlüssigen Konzepten gesteuert.....	11
Verbiegen von Wahrheiten.....	11
Kleinteiliges Denken, fehlendes Geschäftsmodell	12
Irreführende (kameralistische) Buchführung	13
Versagen der vierten Gewalt als neutraler Kritiker	14
Empfehlung	15
Fazit.....	15
Quellennachweis	16

GRUNDLEGENDE PROBLEME DER GEGENWÄRTIGEN POLITIK

Bruno Hollnagel

Vorwort

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass die Bürger von der Regierung enttäuscht sind. Wahlversprechen werden nicht gehalten, die Konjunktur ist schwach, die Standortbedingungen werden immer schlechter, es findet eine Abwanderung von Kapital und Unternehmen statt, es kommt zu einer Deindustrialisierung und die Verschuldungsquote von Staat und Privatpersonen ist hoch. Da hat es die Opposition leicht, zu punkten. Es reicht, auf die Mängel der Regierungsarbeit hinzuweisen und abzuwarten. Das Besondere ist, dass die Parteien immer weiter auseinanderdriften. Die einen geraten immer weiter nach links, die anderen nach rechts. So ist in der politischen Mitte ein Vakuum entstanden. Hier liegt das Potenzial der Zukunft, das genutzt werden sollte. Aber hier geht es nicht um die Folgen, sondern die Ursachen.

In Deutschland gibt es auf politischer Ebene viele typische Problemfelder, die sich auf die Wirtschaft auswirken und Lösungen erfordern, damit das Land wieder zukunftsfähig wird. Einige davon werden im Folgenden kurz beschrieben.

Klientelpolitik

Unter Klientelpolitik werden politische Entscheidungen verstanden, die primär auf die Begünstigung eigener Wählergruppen abzielen, um Zustimmung zu sichern (Kitschelt, 2000), während andere benachteiligt werden. Dies dient nicht dem gesamtgesellschaftlichen Interesse.

Diese Form der Politik hat zwei wesentliche Folgen:

- Sie führt zu einer Verengung des politischen Horizonts, da Entscheidungen zunehmend danach bewertet werden, ob sie kurzfristige Zustimmung in der eigenen Wählerschaft erzeugen. Langfristiges gemeinwohlorientiertes Handeln tritt dabei in den Hintergrund. Bedenklich ist dabei, dass Klientelpolitik häufig mit ineffizienter Ressourcenverteilung und wachsender gesellschaftlicher Polarisierung einhergeht (Stokes, 2013).
- Sie behindert die wirtschaftliche Entwicklung, da Ressourcen nicht nach Effizienz und Bedarf, sondern nach politischer Nähe bzw. parteipolitischer Nützlichkeit (Downs, 1957) verteilt werden. Dadurch entstehen Fehlanreize, Wettbewerbsverzerrungen und ein Verlust an Innovationskraft. All dies schwächt die langfristige Entwicklungsfähigkeit einer Volkswirtschaft.

Das wesentliche Manko einer Klientelpolitik ist, dass sie das Staatsinteresse aus den Augen verliert.

Zudem kann Klientelpolitik zu problematischen Missverhältnissen zwischen Anspruch und tatsächlicher Leistungsfähigkeit des Staates führen. Die politische Ökonomie bezeichnet dieses Missverhältnis als „fiskalische Illusion“. Damit ist gemeint, dass der Staat durch Klientelpolitik mehr Leistungen verspricht, als er langfristig finanzieren kann, weil die wahren Kosten für Bürger verschleiert oder unterschätzt werden. In diesem Zusammenhang sei an die Generationenbilanz von Raffelhüschen erinnert (Raffelhüschen, 2025), derzufolge der Staat 19,5 Billionen Euro (Stand 2025) mehr versprochen hat, als er bei der derzeitigen Gesetzeslage einnehmen wird.

Aus demokratiethoretischer Perspektive verstärkt Klientelpolitik zudem die Tendenz, öffentliche Ressourcen nicht nach gesamtgesellschaftlichen Kriterien, sondern nach parteipolitischer Nützlichkeit zu verteilen. Tatsächlich handeln Parteien in Demokratien rational, wenn sie ihre Programme und Maßnahmen so gestalten, dass sie Wählerstimmen statt die gesellschaftliche Wohlfahrt maximieren (Downs 1957).

Dadurch werden auch kurzfristige vor langfristigen Staatsinteressen präferiert. Eine langfristige strategische Ausrichtung von Maßnahmen wird somit konterkariert.

Auch die Struktur der Parteien selbst verstärkt diese Tendenz. Parteien sind auf stabile Wählergruppen angewiesen und stehen unter Druck, deren Erwartungen zu erfüllen. Herbert Kitschelt beschreibt dies als grundlegende Logik demokratischer Parteien: „Parteien sichern sich Unterstützung, indem sie bestimmten Wählergruppen konkrete Vorteile verschaffen.“ „Parties secure support by distributing specific benefits to well-defined constituencies“ (Kitschelt, 2000). Klientelpolitik erzeugt damit ein Anspruchsdenken, das kurzfristige Vorteile belohnt und langfristige Reformen erschwert, weil diese oft mit Verteilungskonflikten verbunden sind.

Insgesamt entsteht so ein Spannungsfeld: Klientelpolitik stärkt zwar die Bindung zwischen Partei und Wählerschaft, kann aber zugleich ein übersteigertes Anspruchsdenken fördern und politische Entscheidungen verzerren. Wo politische Verantwortung strukturell entkoppelt ist, wächst die Gefahr, dass die Balance zwischen gesellschaftlichen Erwartungen und staatlicher Leistungsfähigkeit aus dem Gleichgewicht gerät.

Menschen gewöhnen sich daran, Leistungen vom Staat als selbstverständlich einzufordern, ohne die langfristigen Folgen zu bedenken. In der Regel entscheiden sie nach den eigenen kurzfristigen Interessen (dem eigenen „Portemonnaie“). Und diese Folgen sind vielfältig:

1. Wenn einer Gruppe Zugeständnisse gemacht werden, erwarten andere ebensolche Vorrechte. „Was andere bekommen, das steht mir auch zu.“ Die Politik gerät so in einen Strudel nicht enden wollender Vorteilsnahmen.
2. In der Folge steigen die Ausgaben. Sie müssen schließlich gedeckt werden. Anspruchsdenken muss am Ende bezahlt werden. Wird es durch höhere Steuern und Abgaben gedeckt, macht sich Ernüchterung breit. Werden die Kosten hingegen durch Schulden finanziert verstärkt sich der Frust, denn neben den Schulden müssen zusätzlich Zinsen bezahlt werden.
3. Erfüllt die Politik das von ihr selbst geschürte Anspruchsdenken nicht mehr, schlägt die anfängliche Begeisterung in Frust oder gar Widerstand um.
4. Treffen dieses Anspruchsdenken und das Prinzip „Handeln ohne Haftung“ aufeinander, fällt es der Politik noch leichter, Ansprüche mit Schulden zu finanzieren. Das Ergebnis ist eine nicht endende Schulden-Spirale, die unweigerlich im Kollaps enden muss.

Wo Klientelpolitik das Anspruchsdenken nährt und die Folgen für das Ganze ausgeblendet werden, kommt es schließlich zur überbordenden Verschuldung, Frustration und zum Vertrauensverlust in die politischen Institutionen.

Die praktische Politik in Deutschland leidet seit Jahren darunter, dass langfristige Konzepte entweder gar nicht erst entwickelt oder nicht konsequent umgesetzt werden. Statt nachhaltiger Strategien dominieren kurzfristige Entscheidungen, die auf die nächste Wahl oder den Erhalt von Mehrheiten ausgerichtet sind. Dies zeigt sich in verschiedenen Bereichen: Ein Ergebnis jahrelanger Vernachlässigung und fehlender strategischer Planung ist die eingeschränkte Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr. Marode Brücken und öffentliche Gebäude belegen, dass die Infrastrukturpolitik oft nur reaktiv betrieben wird, anstatt vorausschauend zu investieren. Die überstürzte Klimawendepolitik, bei der Energiequellen abgeschaltet wurden, ohne rechtzeitig für ausreichende Ersatzkapazitäten zu sorgen, verdeutlicht die Folgen mangelnder Langfristplanung. Auch das Absinken des Bildungsniveaus, dokumentiert durch internationale PISA-Studien, ist Ausdruck einer Politik, die strukturelle Probleme nicht nachhaltig angeht.

Ein zentraler Grund für die geschilderten Defizite liegt in der Fragmentierung der Parteienlandschaft. Die daraus resultierende Regierungspolitik ist meist nur auf eine Legislaturperiode ausgerichtet und

basiert auf Kompromissen. Dadurch werden langfristige Vorhaben oft verwässert oder sogar ganz blockiert.

Hinzu kommt das bis zur nächsten Wahl reichende, egoistische Denken. Da eine Wiederwahl der Politiker davon abhängt, orientieren sie sich stark an Wahlzyklen und kurzfristigen Stimmungen. Langfristige Projekte, deren Ergebnisse erst nach Jahren sichtbar werden, bringen im Wahlkampf wenig unmittelbaren Nutzen und werden daher vernachlässigt. Zudem binden solche Vorhaben erhebliche finanzielle Mittel, die dann für kurzfristige Erfolge, wie etwa Steuererleichterungen oder Förderprogramme, nicht mehr zur Verfügung stehen.

Viele Wähler honorieren kurzfristige Eigeninteressen stärker als langfristige gesellschaftliche Notwendigkeiten. Parteien reagieren darauf, indem sie ihre Politik auf schnelle, sichtbare Ergebnisse ausrichten. Das Prinzip „Das Hemd ist mir näher als die Hose“ prägt somit nicht nur die Entscheidungen der Bürger, sondern auch die Prioritäten der Politik.

Die Logik der Medienberichterstattung, die darauf abzielt, durch grelle Schlagzeilen und Aktualität Aufmerksamkeit zu erregen, verstärkt dieses kurzfristige Denken zusätzlich. Was erst „morgen“ wichtig sein könnte, lässt die Verkaufszahlen oder Klicks nicht nach oben schnellen.

Schließlich erschwert auch der föderale Aufbau Deutschlands eine langfristige Politik, da die Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen verteilt sind und die erforderlichen Abstimmungsprozesse zusätzliche Zeit und Kompromisse in Anspruch nehmen.

Beispiel für Klientelpolitik – Subventionierung von Kraftstoff

Die jüngste Behinderung des Schiffsverkehrs in der Straße von Hormus hat zu einem deutlichen Anstieg der internationalen Rohölpreise geführt. Als Reaktion auf die daraus resultierenden Kraftstoffpreissteigerungen, von denen auch Deutschland betroffen ist, hat die Bundesregierung eine zweimonatige Subventionierung von Benzin und Diesel in Höhe von 17 Cent pro Liter beschlossen. Diese Maßnahme verursacht fiskalische Kosten von rund 1,6 Milliarden Euro. Bei Industriestrom für ausgewählte Stromverbraucher wird ein ähnliches Vorgehen angewandt. Dort werden bei Erfüllung gewisser Auflagen die Strompreise gedeckelt.

Diese Vorgehensweisen fügen sich in ein bekanntes Muster staatlicher Kriseninterventionen ein. Die Politik dokumentiert damit Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit, riskiert jedoch, in kurzfristigen Aktionismus zu verfallen, der die strukturellen Probleme unangetastet lässt.

Ökonomische Ausgangslage

Aus ökonomischer Perspektive ist festzustellen, dass die aktuellen Steigerungen der Kraftstoffpreise nicht primär auf höhere Produktionskosten zurückzuführen sind. Kaufkraftbereinigt haben sich diese seit den 1960er Jahren nur geringfügig verändert. Vielmehr wird die Preisentwicklung durch staatliche Abgabenstrukturen, regulatorische Rahmenbedingungen sowie exogene Schocks auf den internationalen Energiemärkten geprägt. Deutschland zählt seit Jahren zu den Ländern mit den höchsten Energiepreisen. Das belastet insbesondere energieintensive Branchen und schwächt die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Eine kurzfristige Subventionierung adressiert diese strukturellen Defizite jedoch nicht und entfaltet daher keine nachhaltige Wirkung.

Politökonomische Einordnung der Regierungsmaßnahmen

Die beschlossene Subvention entlastet Verbraucher kurzfristig spürbar und signalisiert politische Handlungsfähigkeit. Es handelt sich dabei jedoch weniger um die Umsetzung eines konsistenten wirtschafts-

politischen Gesamtkonzepts als um eine reaktive Einzelmaßnahme, die auf unmittelbare politische Erfolge abzielt. Mehrere Aspekte verdeutlichen diese Problematik:

1. Trotz der angespannten fiskalischen Lage werden zusätzliche Steuermittel mobilisiert.
2. Staatliche Preisinterventionen können Anreize zu eigenverantwortlichem Verhalten schwächen und eine Erwartungshaltung umfassender staatlicher Absicherung fördern.
3. Die Maßnahme ist nicht Teil eines langfristigen wirtschafts-, finanz- oder energiepolitischen Gesamtkonzepts. Aspekte wie Versorgungssicherheit, Diversifizierung oder Effizienzsteigerung bleiben unberücksichtigt.
4. Die Intervention zielt lediglich auf kurzfristige Preisspitzen ab, ohne die grundlegende Problematik hoher Energiepreise zu lösen.

Ordnungspolitische Bewertung

Aus ordnungspolitischer Perspektive widerspricht die Subventionierung des Kraftstoffpreises den zentralen Prinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Diese zielt darauf ab, verlässliche Rahmenbedingungen, Haftungsklarheit, Eigenverantwortung und Investitionssicherheit zu gewährleisten. Ein direkter Eingriff in die Preisbildung verzerrt jedoch Marktprozesse, verschiebt notwendige Anpassungsmechanismen und sendet Fehlanreize an Produzenten und Konsumenten. Wiederholte punktuelle Interventionen können zudem ein wachsendes Anspruchsdenken erzeugen und die Erwartung verstärken, der Staat werde ökonomische Risiken regelmäßig kompensieren. Dies unterminiert langfristig die Funktionsfähigkeit marktwirtschaftlicher Steuerungsmechanismen.

Fiskalpolitische Implikationen

Aus fiskalischer Sicht birgt die Subvention erhebliche Risiken. Der Bundeshaushalt ist bereits durch strukturelle Defizite, steigende Sozialausgaben und hohe Investitionserfordernisse belastet. Auch wenn die Kosten der Maßnahme isoliert betrachtet moderat erscheinen, reiht sie sich in eine Serie temporärer Eingriffe ein, die kumulativ zu dauerhaften Belastungen anwachsen können. Subventionen erzeugen zudem politische Pfadabhängigkeiten. Einmal eingeführte Unterstützungsmaßnahmen lassen sich politisch nur schwer zurücknehmen, ohne Konflikte auszulösen. Dadurch steigt das Risiko, dass temporär gedachte Ausgaben zu langfristigen Verpflichtungen werden und den finanzpolitischen Handlungsspielraum weiter einschränken.

Langfristig gefährdet eine solche Politik die Fähigkeit des Staates, zentrale Zukunftsaufgaben zu finanzieren. Werden kurzfristige Entlastungen strukturellen Investitionen vorgezogen, verschiebt sich die Prioritätensetzung zulasten der gesamtwirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit.

Resümee

Die Subventionierung der Kraftstoffpreise sowie die Deckelung der Strompreise sind aktionistische, ökonomisch und ordnungspolitisch problematische Maßnahmen mit planwirtschaftlichem Charakter. Sie verletzen grundlegende Prinzipien der Marktwirtschaft, verstärken fiskalische Risiken und tragen nicht zur Lösung der Ursachen hoher Energiepreise bei. Zwar erzielt die Politik damit kurzfristige Entlastungseffekte, vernachlässigt jedoch strukturelle Lösungen und gefährdet so die langfristige Stabilität des Landes.

Ein analytisches Vorgehen, das die tatsächlichen Kostentreiber identifiziert, marktwirtschaftliche Mechanismen zur Geltung kommen lässt und eine Rückbesinnung auf ordnungspolitische Prinzipien in der gesamten Energiebranche ermöglicht, wird dadurch unterminiert. Statt einen klaren, wettbewerbsfördernden Ordnungsrahmen zu schaffen, der freie Preisbildung, offenen Wettbewerb und unternehmerische Eigenverantwortung gewährleistet, verfestigen solche Eingriffe eine durch Subventionen verzerrte und in ihrer Anpassungsfähigkeit geschwächte Struktur. Damit wird nicht nur die notwendige Revitalisierung marktwirtschaftlicher Prinzipien behindert, sondern auch die Fähigkeit des Energiesek-

tors eingeschränkt, durch Wettbewerb, Innovation und dezentrale Entscheidungen zu einer langfristig stabilen, effizienten und resilienten Energieversorgung beizutragen.

Denken in Blasen

Politiker bewegen sich häufig in spezifischen sozialen, akademischen und medialen Umfeldern. Diese können ihre Wahrnehmung gesellschaftlicher Realitäten verzerren. Cass Sunstein beschreibt dieses Phänomen als „Group Polarization“: Gruppen mit ähnlichen Ansichten tendieren im Austausch untereinander zu extremeren Positionen (Sunstein, 2009). Digitale Medien verstärken diese Dynamik, indem sie algorithmisch homogene Informationsräume erzeugen (Pariser, 2011). Die Folgen sind eine verfälschte Wahrnehmung von Problemlagen, eine Überschätzung der eigenen Positionen und eine wachsende Distanz zwischen politischer Elite und Bevölkerung.

Das Denken in politischen Blasen führt zu Fehlschlüssen, von denen auch die Wirtschaft negativ betroffen ist. Wenn politische Akteure nur noch die Perspektiven ihrer eigenen Echokammer wahrnehmen, entstehen verzerrte Problemanalysen und unzureichende Entscheidungen. Solche politischen Fehltritte wirken sich unmittelbar auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus, da sie Reformen verzögern, Risiken erhöhen und die Planbarkeit für Unternehmen mindern.

Zweifel an der Qualifikation politischer Akteure

In der öffentlichen Debatte entsteht zunehmend der Eindruck, dass politische Entscheidungsträger nicht immer über die notwendige fachliche Kompetenz verfügen, um komplexe politische Fragen sachgerecht beurteilen zu können. Ein Beispiel hierfür ist die Aussage der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, Migranten würden nicht in die Sozialsysteme einwandern. Diese Behauptung ist durch empirische Studien nicht gedeckt.¹

Das Problem ist weniger die einzelne Fehleinschätzung als vielmehr ein Mechanismus: Politiker müssen Entscheidungen über hochkomplexe Themen treffen und sind dabei auf Experten angewiesen, deren Kompetenz sie jedoch oft nicht zuverlässig beurteilen können. Dieses Phänomen wird als „Expertise Gap“ zwischen politischen Entscheidungsträgern und wissenschaftlichen Fachgemeinschaften beschrieben (Tetlock, 2005). Tatsächlich benötigt ein Politiker keinerlei Qualifikation.

Politische Entscheidungen können daher nur so qualifiziert sein, wie es die Kompetenz derjenigen, die sie treffen, zulässt. Fehlt es politischen Akteuren an fachlicher Expertise oder strategischem Urteilsvermögen, entsteht zwangsläufig ein unzureichender Ordnungsrahmen. Ein solcher Rahmen ist jedoch unverzichtbar für ein gedeihliches wirtschaftliches Handeln.

Bruch von Wahlversprechen

Der Bruch von Wahlversprechen ist ein wiederkehrendes Thema politischer Kritik. Zwar zeigen Studien, dass viele Wahlversprechen tatsächlich umgesetzt werden (Thomson et al., 2017), doch die Fälle, in denen zentrale Versprechen nicht eingehalten werden, prägen die öffentliche Wahrnehmung besonders stark. Wenn ein Versprechen aus opportunistischen Gründen aufgegeben wird, führt dies zu Vertrauensverlust, politischer Entfremdung und wachsender Politikverdrossenheit. Dabei ist die Glaubwürdigkeit der politischen Akteure ein zentraler Faktor für die Stabilität politischer Systeme (Norris, 2011).

Der Bruch von Wahlversprechen unterminiert die Glaubhaftigkeit der Politik und irritiert die Wirtschaft.

¹ Ein Teil der Migration beansprucht zweifelsfrei sozialstaatlicher Leistungen (Brücker et al., 2020)

Missachtung eigener Vorgaben

Ein besonders sensibles Problem ist die Missachtung selbst gesetzter, aber gebrochener Regeln. So wurde beispielsweise das „Sondervermögen Bundeswehr“ im Jahr 2022 als zweckgebundener Fonds eingerichtet. Analysen des ifo-Instituts weisen jedoch nun darauf hin, dass Teile der Mittel nicht für die ursprünglich definierten Zwecke verwendet wurden (ifo Institut, 2023). Solche Vorgänge erwecken den Eindruck, dass politische Akteure Regeln flexibel auslegen, wenn diese ihnen politisch hinderlich werden. Dies untergräbt die Legitimität politischer Entscheidungen und die Glaubwürdigkeit – und damit das Vertrauen in die Politik.

Es werden europäische Verträge gebrochen angefangen von den Stabilitätskriterien und dem Gebot zur marktwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik (Art. 119 AEUV) bis hin zur Verletzung des Grundsatzes, nach dem kein Staat für einen anderen haftet.

Wenn die Politik unglaublich oder unzuverlässig erscheint, etwa weil sie ihre eigenen Vorgaben missachtet, verliert die Wirtschaft das Vertrauen für Investitionen. Denn dann fehlen verlässliche Rahmenbedingungen, die nötig sind, um Risiken realistisch einzuschätzen und langfristige Entscheidungen treffen zu können. Politische Unsicherheit zählt zu den stärksten Investitionsbremsen und schwächt somit die wirtschaftliche Dynamik eines Landes.

Verzerre politische Kommunikation

Parallel dazu verändern Medien die Art und Weise, wie Politik kommuniziert und wahrgenommen wird. Um Aufmerksamkeit zu generieren, wecken sie gezielt Emotionen, personalisieren Konflikte und dramatisieren Sachverhalte. Dadurch werden komplexe politische Inhalte simplifiziert und auf Schlagworte reduziert. Frank Esser beschreibt diesen Prozess als *Mediatisierung* (Esser, 2013).

Digitale Plattformen verstärken diese Dynamik zusätzlich, indem sie algorithmisch erzeugte Informationsräume schaffen, die selektive Exposition und die Bildung von Echokammern fördern. In diesen konsumieren Nutzer überwiegend bestätigende Inhalte (Sunstein, 2017). Dadurch steigt das Risiko von Polarisierung und Symbolpolitik, bei der die Inszenierung politischer Positionen wichtiger wird als deren inhaltliche Substanz. Diesen Mechanismus hat Murray Edelman als „*symbolic politics*“ beschrieben (Edelman 1988).

Die Wirtschaft ist auf Planbarkeit angewiesen. Dafür braucht es eine klare und unverzerrte politische Sprache, die offen benennt, was ist, und unmissverständlich kommuniziert, was politisch beabsichtigt wird. Nur wenn politische Ziele, Maßnahmen und Konsequenzen transparent formuliert sind, können Unternehmen verlässlich kalkulieren, Risiken einschätzen und langfristige Investitionsentscheidungen treffen.

Kurzfristiges politisches Denken

Wahlzyklen, parteipolitischer Wettbewerb und die Erwartung schneller Erfolge führen dazu, dass politische Akteure Maßnahmen bevorzugen, die sofort sichtbare Vorteile bringen. Paul Pierson beschreibt dieses Phänomen als „*politics of the short term*“, bei der die Rahmenbedingungen die langfristige Reformfähigkeit untergraben (Pierson, 2004).

Empirische Studien zeigen, dass Regierungen in vielen OECD-Staaten kurzfristig wirksame Politiken wie Konsumförderung oder Steuersenkungen priorisieren, während langfristige Zukunftsinvestitionen – etwa in Bildung, Forschung oder Infrastruktur – systematisch unterfinanziert bleiben (Alesina & Tabellini, 2007). Dadurch entsteht ein Defizit bei der strategischen Steuerung, welches die Fähigkeit schwächt, komplexe Herausforderungen wie die Digitalisierung oder den demografischen Wandel vorausschauend zu bewältigen.

Kurzfristiges politisches Denken ohne ein erkennbares Konzept hemmt ebenfalls die wirtschaftliche Entwicklung.

Vernachlässigung des Wir-Gefühls

Ein weiterer Aspekt ist die Vernachlässigung des Wir-Gefühls. Dieses ist das für Motivation, Sinnstiftung, politische Handlungsfähigkeit und kollektive Problemlösungsfähigkeit von großer Bedeutung. Dabei ist längst bekannt, dass kollektive Identität ein zentraler Treiber für prosoziales Verhalten, politische Beteiligung und langfristige Zielorientierung ist (Tajfel & Turner, 1979).

Empirische Studien bestätigen, dass Menschen, die sich mit einer Gruppe identifizieren, eine höhere intrinsische Motivation, eine stärkere Zielbindung und eine größere Bereitschaft zeigen, individuelle Interessen zugunsten kollektiver Ziele zurückzustellen (Haslam et al., 2011). Da Motivation ein zentraler Treiber wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ist, besitzt auch das Wir-Gefühl eine klare ökonomische Bedeutung. Die politikwissenschaftliche Forschung zeigt zudem, dass Demokratien auf ein Mindestmaß an sozialer Kohäsion angewiesen sind, um stabile, konsensfähige und langfristig tragfähige Entscheidungen treffen zu können (Putnam, 2000). Ein hoher gesellschaftlicher Zusammenhalt stärkt somit nicht nur die demokratische Entscheidungsfähigkeit, sondern wirkt sich auch positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Standortattraktivität aus.

Neuere soziologische Arbeiten betonen, dass inklusive „Wir“-Narrative entscheidend dafür sind, wie Gesellschaften Krisen verarbeiten und wie stabil politische Systeme bleiben (Lamont, 2023). Ein schwaches Wir-Gefühl begünstigt hingegen Polarisierung, Misstrauen und Fragmentierung – Faktoren, die die Fähigkeit politischer Systeme untergraben, langfristige Strategien zu entwickeln und umzusetzen. Im Gegensatz dazu scheint sich die Gesellschaft zu vereinzeln und zu individualisieren.

Verlust des politischen Profils

Seit Jahren ist ein Verlust klarer programmatischer Profile der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien festzustellen.

Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages zeigen, dass insbesondere die klassischen Milieus der SPD (Arbeiterklasse) und der Union (christlich-konservative Mittelschichten) stark erodiert sind (Deutscher Bundestag, 2023). Wie kam es dazu?

In der Absicht, ihre Wählerbasis zu verbreitern, okkupierten die Parteien Themen ihrer Konkurrenten. So hat die CDU, um sozialdemokratische Wähler zu neutralisieren, in den letzten zwei Jahrzehnten mehrfach Themen übernommen, die traditionell der SPD zugeschrieben wurden. Dazu gehörte:

- der Mindestlohn (zunächst vehement abgelehnt, später akzeptiert und mitgetragen).
- Die Familienpolitik (Elterngeld als Modernisierungsprojekt).
- Die Energiewende (Atomausstieg 2011).
- Eine sozialpolitische Rhetorik („soziale Marktwirtschaft 2.0“).

Diese strategische Öffnung nach links wird in der Forschung als „asymmetrische Demobilisierung“ beschrieben (Niedermayer, 2015). Die Folge: SPD und CDU wurden programmatisch schwerer unterscheidbar, ihre Profile verloren an Schärfe.

Dies eröffnete neuen Parteien Chancen. In dem dadurch stärker fragmentierten Parteiensystem mussten die Parteien ihre Koalitionsfähigkeit unter Beweis stellen. Die Bundeszentrale für politische Bildung beschreibt diese Entwicklung als „fluiden pluralistischen Wettbewerb“ (Jun, 2025). Für große Parteien bedeutet dies, dass sie eine klare Positionierung vermeiden und ihre Programme so moderierten, dass ihnen mehrere Koalitionsoptionen offenstanden. Diese strategische Mäßigung führt zwangsläufig zu programmatischer Unschärfe.

Das führte dazu, dass die klassischen sozialen Milieus, die früher klar einer Partei zugeordnet waren, in dieser Form nicht mehr existieren. Die heutige Parteianhängerschaft ist sozial, kulturell und ökonomisch stark diversifiziert (Serfling, Lempp und Rolf, 2023). Parteien bedienen gleichzeitig widersprüchliche Interessen, repräsentieren Klassen- oder Milieuidentitäten stärker und verlieren so eindeutige programmatische Kernidentitäten. Besonders auffällig ist in diesem Zusammenhang die öffentliche Wahrnehmung des Verlusts der Wirtschaftskompetenz der CDU/CSU, die jahrzehntelang als „Wirtschaftspartei“ galt.

Beispiel: Verlust der Wirtschaftskompetenz der CDU

Unkoordinierter Atomausstieg: Der abrupte Atomausstieg im Jahr 2011 wurde von vielen Wirtschaftsverbänden als unkoordiniert und industriepolitisch riskant bewertet. Dadurch wurde das Vertrauen in die wirtschaftspolitische Planbarkeit der Union geschwächt hat (Institut der deutschen Wirtschaft, 2022). Die Entscheidung wurde als politisch motiviert, aber ökonomisch unzureichend vorbereitet wahrgenommen – ein Bruch des traditionellen ordnungspolitischen Selbstverständnisses der Union.

Schwere Versäumnisse bezüglich der Wettbewerbsfähigkeit: Deutschland hat im internationalen Vergleich an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die OECD dokumentiert für das Jahr 2023 deutliche Rückstände in folgenden Bereichen:

- digitaler Verwaltung,
- Breitband- und Mobilfunkausbau,
- Innovationsfähigkeit,
- Genehmigungs- und Planungsprozessen.

Da die Union von 2005 bis 2021 den Großteil der Regierungsverantwortung trug, wurde sie in der öffentlichen Wahrnehmung für diese strukturellen Defizite verantwortlich gemacht. Die mangelnde Modernisierung wurde als wirtschaftspolitisches Versäumnis interpretiert.

Zunehmende Bürokratie: Unternehmerverbände wie BDI und DIHK kritisierten wiederholt die zunehmende Bürokratiebelastung, lange Planungszeiten und regulatorische Unsicherheiten. Diese Kritik richtete sich zunehmend gegen die Union, die trotz ordnungspolitischer Rhetorik keine spürbare Entlastung erreichte. Die Standortstudien des IW Köln zeigen, dass Deutschland im Zeitraum 2015–2021 in mehreren Standort-Rankings zurückfiel (IW, 2022). Dies wurde der Union als „Verwaltungsversagen“ zugeschrieben.

Mangelhaftes Krisenmanagement: Die Pandemie offenbarte strukturelle Schwächen im Beschaffungswesen, bei der Digitalisierung der Gesundheitsämter und bei der Krisenkoordination. Die Maskenaffären einzelner Unionsabgeordneter beschädigten das Image wirtschaftlicher Seriosität und Integrität zusätzlich. Politikwissenschaftliche Analysen zeigen, dass Korruptions-skandale die Kompetenzzuschreibung in wirtschaftlichen Fragen besonders stark beeinträchtigen (Schneider & Wurster, 2022).

Diffuse Wirtschaftspolitik: Die Union war unter Merkel programmatisch diffus,

- teils ordoliberal,
- teils sozialstaatlich,
- teils ökologisch-modernisierend.

Die Forschung spricht hier von „programmatrischer Entkernung“ (Mair, 2013). Ein klares wirtschaftspolitisches Konzept ließ sich nicht erkennen.

Interne Flügelkonflikte: Die Union ist wirtschaftspolitisch intern gespalten.

- Mittelstandsunion (wirtschaftsliberal),
- Arbeitnehmerflügel (sozialpolitisch),
- Modernisierer (ökologisch-technologisch),

- konservative Wirtschaftsnationalisten.

Diese Spannungen erschweren konsistente Positionen und führen zu widersprüchlichen Signalen. Politikwissenschaftliche Studien zeigen, dass interne Uneinigkeit die Kompetenzzuschreibung in der Öffentlichkeit deutlich schwächt (Jun, 2025).

Insgesamt ist eine Konzeptlosigkeit zu beobachten.

Beispiel: SPD und Grüne - Ambivalenz

Die SPD befindet sich seit Jahren in einem Spannungsfeld zwischen:

- klassischer Arbeiterpolitik,
- neuer urbaner Mittelschicht,
- sozialstaatlicher Modernisierung,
- und wirtschaftspolitischer Realpolitik

Diese widersprüchlichen Erwartungen führen zu programmatischer Ambivalenz (Hassel, 2018). In Teilen der politischen Öffentlichkeit und in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Analysen wird die SPD seit den 2000er-Jahren zunehmend als „Partei der Arbeitslosen“ bezeichnet. Diese Zuschreibung hat mehrere strukturelle Ursachen: Erstens verlor die SPD durch die Agenda-2010-Reformen einen erheblichen Teil ihrer traditionellen Arbeiter- und Gewerkschaftsbasis, während gleichzeitig viele Beschäftigte in Industrie und Mittelstand zur Union oder später zu AfD abwanderten. Die SPD konnte diese Verluste nicht durch neue Wählergruppen kompensieren und stützte sich zunehmend auf Wählerinnen und Wähler, die von Arbeitslosigkeit, prekären Beschäftigungsverhältnissen oder Transferleistungen betroffen waren. Wahlforschungsdaten zeigen, dass die SPD seit 2009 überdurchschnittlich hohe Zustimmung unter Arbeitslosen und Geringverdienern erhielt, während sie in der arbeitenden Mittelschicht und bei Facharbeitern massiv an Rückhalt verlor (Forschungsgruppe Wahlen, 2021). Zweitens verstärkte die sozialpolitische Positionierung der SPD, zu der unter anderem die Forderung nach höheren Sozialleistungen, Mindestloohnerhöhungen und einer stärkeren Rolle des Staates auf dem Arbeitsmarkt gehört, den Eindruck, die Partei vertrete primär die Interessen von Transferempfängern. Drittens zeigen Analysen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), dass Arbeitslose und prekär Beschäftigte überdurchschnittlich häufig sozialdemokratisch wählen, während die SPD in einkommensstärkeren Gruppen seit Jahren unterdurchschnittliche Werte erzielt (DIW Berlin, 2020). Diese Kombination aus sozialstrukturellem Wandel, den Folgen der Agenda 2010 und einer veränderten Wählerbasis führte dazu, dass die SPD in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend als Partei derjenigen gilt, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind oder besonders stark von sozialstaatlichen Leistungen abhängig sind. Diese Zuschreibung ist politisch umstritten, wird aber durch Wahlforschungsdaten empirisch gestützt.

Diese Kombination aus sozialstrukturellem Wandel, den Folgen der Agenda 2010 und einer veränderten Wählerbasis führte dazu, dass die SPD in der öffentlichen Wahrnehmung zunehmend als Partei derjenigen gilt, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind oder besonders stark von sozialstaatlichen Leistungen abhängig. Diese Zuschreibung ist politisch umstritten, wird aber durch Wahlforschungsdaten empirisch gestützt (Forschungsgruppe Wahlen, 2021).

Die Grünen haben sich von einer ursprünglich bewegungsorientierten Partei, die stark durch Umweltschutz, basisdemokratische Ideale und Pazifismus geprägt war, in der Regierungsverantwortung als gestaltende Staatspartei inszeniert. In der Regierung kam es zu einem Wandel, einer „Transformation von einer pazifistischen zu einer sicherheitspolitisch interventionistischen Partei“ (Münkler, 2023). In der Außenpolitik traten die Grünen mit einem stark normativ aufgeladenen, feministisch begründeten und teils belehrend kommunizierten Ansatz auf. Dieser wurde international wie innenpolitisch häufig als diplomatisch unzweckmäßig und strategisch unzureichend

bewertet (SWP, 2024). In der Wirtschaftspolitik verfolgte die Partei eine ideologisch geprägte, stark regulierende und in Teilen planwirtschaftliche Steuerungslogik, die tief in Marktmechanismen eingriff. Ökonomische Institute wie das ifo und das Institut der deutschen Wirtschaft (IW Köln) haben wiederholt darauf hingewiesen, dass diese Form staatlicher Lenkung nicht marktkonform, ökonomisch ineffizient und mit erheblichen Fehlanreizen verbunden war und somit den Standort Deutschland strukturell belastete (ifo Institut, 2024; Kolev Schaefer, 2023). Dies widerspricht dem EU-Gebot zu einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik (Art. 119 AEUV). In der Folge scheiterten zentrale Projekte an ihrer mangelhaften Umsetzung, was wesentlich dazu beitrug, dass die Grünen ihr früher klar konturiertes Profil verloren.

Politik vom Mainstream statt von schlüssigen Konzepten gesteuert

In der politikwissenschaftlichen Debatte wird vermutet, dass die Politik zunehmend stärker vom medialen und gesellschaftlichen Mainstream beeinflusst wird, als von langfristigen Konzepten. Dies wird damit begründet, dass

1. Parteien und Regierungen meinen oft, kurzfristig auf Stimmungen, Trends und öffentliche Empörung reagieren zu müssen, weil sie fürchten, sonst nicht mehr gewählt zu werden. Dadurch treten konsistente Strategien in den Hintergrund.
2. Studien zur „Mediatisierung der Politik“ zeigen, dass politische Entscheidungen immer stärker an öffentliche Resonanz, Umfragewerte und mediale Erwartungslogiken gekoppelt sind (Esser & Pfetsch, 2020).
3. die Fragmentierung des Parteiensystems dazu führt, dass Regierungen häufig aus Koalitionen bestehen, die nur begrenzte programmatische Schnittmengen haben. Dadurch entstehen Kompromisspolitiken, die weniger konzeptionell kohärent sind und stärker auf kurzfristige Mehrheitsfähigkeit abzielen.
4. Analysen wie jene von Mair (2013) weisen darauf hin, dass viele Parteien ihre ideologischen Profile zugunsten einer „Catch-all“-Strategie aufgegeben haben, um möglichst breite Wählerschichten anzusprechen.

Verbiegen von Wahrheiten

Parteien neigen dazu, komplexe Sachverhalte moralisch zu verklären, zu vereinfachen und ökonomische Realitäten auszublenden, solange diese nicht unmittelbar wahlrelevant werden. Das führt zu Fehlsteuerungen, Vertrauensverlust und dem Gefühl, dass politische Eliten an den Lebensrealitäten vorbeiregieren. Dafür gibt es verschiedene Gründe:

- Einfache Botschaften werden medial belohnt, während differenzierte Analysen kaum Resonanz finden.
- Das Denken in Blasen, dass die eigenen Vorstellungen präferiert.
- Kurzfristiges politisches Denken.

Beispiel Migrationspolitik:

Zwar wurde das wirtschaftliche Problem, der Fachkräftemangel, korrekt identifiziert, doch politisch wurde Migration lange als ein moralisches und nicht als ein arbeitsmarktpolitisches Thema behandelt (Mergener, 2021). Dadurch wurde die entscheidende Frage nach Qualifikation, Integrationsfähigkeit und den realistischen Anforderungen des Arbeitsmarkts vernachlässigt. Laut IAB hatten 44 % der Geflüchteten keinen oder nur einen sehr niedrigen Schulabschluss. Nur 22 % verfügten über eine abgeschlossene Berufsausbildung (Brücker et al., 2019). Die OECD bestätigt, dass Deutschland im internationalen Vergleich besonders viele geringqualifizierte Migranten aufgenommen hat (OECD, 2020). Viele Migranten hatten gar keine für den deutschen Arbeitsmarkt verwertbaren Qualifikationen. Politisch wurde dieser Umstand jedoch lange ausgeblendet.

Im Jahr 2025 beliefen sich die Gesamtausgaben für das Bürgergeld nach SGB II auf 46,65 Mrd. Euro. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit entfielen davon rund 46,8 % auf Leistungsbezieher mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Dies entspricht einem Betrag von etwa 21,8 Mrd. Euro, der an Personen ohne deutschen Pass ausgezahlt wurde (Bundestagsdrucksache 21/6855; Bundesagentur für Arbeit, Bürgergeldstatistik 2025). 2025 bezogen rund 1,12 Millionen nicht-bleibeberechtigte Personen Bürgergeld. Der damit verbundene Ausgabenanteil lag bei ca. 10,1 Mrd. € (Bundestagsdrucksache 21/6544).

Die finanziellen Folgen und die Tatsache, dass viele Migranten in der Sozialhilfe landeten, wurden zunächst ignoriert. Die Diskrepanz zwischen dem politischen Anspruch, Fachkräfte zu gewinnen, und der realen Wirkung, nämlich geringen Qualifikationsprofilen und hohen Integrationskosten, führte zu wachsendem Vertrauensverlust in politische Institutionen.

Beispiel Energiewende: Ähnlich verhielt es sich bei der Energiewende. Obwohl sie ökologisch sinnvoll ist, wurde sie politisch als nahezu kostenneutral oder sogar wirtschaftlich vorteilhaft dargestellt. Die tatsächlichen Systemkosten, beispielsweise für den Netzausbau, Speicher, Reservekraftwerke, Redispatch und die durch volatile Einspeisung bedingten Ineffizienzen, wurden in der öffentlichen Kommunikation jedoch kaum erwähnt. Offizielle Daten zeigen jedoch, dass die Kosten für Redispatch und Netzengpassmanagement stark angestiegen sind: Allein im vierten Quartal 2024 betrugen sie rund 928 Millionen Euro (SMARD, 2025). Auch die Bundesnetzagentur dokumentiert regelmäßig steigende Kosten für Netzsicherheitsmaßnahmen, die durch den ungleichmäßigen Ausbau erneuerbarer Energien und Engpässe im Übertragungsnetz entstehen (Bundesnetzagentur, 2024). Gleichzeitig wurden konventionelle Energieträger künstlich verteuert, etwa durch CO₂-Abgaben, die Ökosteuer oder die EEG-Umlage. Dadurch entstand der Eindruck, erneuerbare Energien seien „billiger“, was jedoch nur unter Einbeziehung politisch gesetzter Preisverzerrungen stimmte. Viele Bürger fühlten sich dadurch getäuscht. Die realen Kosten wurden für sie erst sichtbar, als die Strompreise explodierten. In der Folge setzte eine Deindustrialisierung (Rusche, 2025; Hüther et al., 2023; Lehmann & Wollmershäuser, 2025) ein.

Kleinteiliges Denken, fehlendes Geschäftsmodell

Deutschland zeigt seit Jahren Merkmale, die eine kleinteilige und fragmentierte Wirtschaftspolitik begünstigen. Die Gründe sind:

1. Die föderale Struktur des Landes ist so organisiert, dass viele wirtschaftsrelevante Zuständigkeiten auf Bund, Länder und Kommunen verteilt sind. Diese Mehrstufigkeit erschwert Kohärenz, national abgestimmte Strategien und führt zu inkonsistenten Regelungen sowie zu Verzögerungen bei der Umsetzung großer Reformvorhaben (Benz & Broschek, 2013). Die OECD hebt in ihren Länderanalysen wiederholt hervor, dass Deutschland zwar über starke Institutionen verfügt, zugleich aber die Koordination zwischen den Ebenen jedoch verbessert werden müsse, um etwa die Digitalisierung, Infrastruktur und Bildungsinvestitionen wirksamer voranzutreiben (OECD, 2021).
2. Nationale Gutachter und Zentralbanken kritisieren die Tendenz zu kurzfristigen, punktuellen Interventionen statt zu langfristiger, strategischer Planung. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung betont regelmäßig, dass Deutschland zwar zahlreiche Einzelmaßnahmen durchführt, es aber an einer klaren, langfristigen Investitionsstrategie mangle. Dies wirkt sich negativ auf Produktivität und Wachstumspotenzial aus (Sachverständigenrat, 2022). Parallel dazu moniert die Deutsche Bundesbank einen anhaltenden Investitionsrückstand im öffentlichen Bereich und argumentiert, dass fragmentierte Entscheidungsprozesse und unzureichende strategische Prioritätensetzung die Modernisierung der Infrastruktur und die Anpassung an einer technologischen Modernisierung (z. B. digitale Netze, Verkehrsinfrastruktur) verzögern (Deutsche Bundesbank, 2021).

3. Die deutsche wirtschaftspolitische Tradition – insbesondere die starke Prägung durch ordoliberalen Grundsätze sowie die Betonung von Wettbewerb und Haushaltsdisziplin – hat dazu geführt, dass die Politik oft in engen, regelbasierten Bahnen denkt und sektorale Lösungen bevorzugt. Kritiker argumentieren, dass diese Denkweise die Bereitschaft zu groß angelegten, koordinierenden Staatsinterventionen oder zu flexiblen, innovationsfördernden Politiken einschränkt. Dadurch entstehen Lücken, wenn umfassende Transformationsaufgaben wie Klimaschutz, Digitalisierung oder die Energiewende anstehen, die integrierte, sektorübergreifende Antworten erfordern (Feld, 2018; Streeck, 2016).
4. Empirische Analysen und Policy Reviews zeigen, dass kleinteilige Politik nicht nur ein theoretisches Problem ist, sondern reale Auswirkungen hat. Verzögerte Infrastrukturprojekte, uneinheitliche Förderprogramme und ein Flickenteppich von Regulierungen erhöhen die Transaktionskosten für Unternehmen, schwächen Skaleneffekte und erschweren die Umsetzung nationaler Innovations- und Klimaziele. Die OECD empfiehlt deshalb eine stärkere strategische Steuerung, klarere Prioritätensetzung und bessere Evaluationsmechanismen, damit einzelne Maßnahmen zu einem konsistenten Gesamtpaket werden (OECD, 2021).

Eine Folge davon ist auch das Fehlen eines einheitlichen, zukunftsorientierten Geschäftsmodells, das Digitalisierung, Dekarbonisierung und neue Wertschöpfungslogiken (Plattformen, datengetriebene Dienste) verbindet. Dies führt zu Wettbewerbsnachteilen in Schlüsselbereichen wie Software, digitalen Plattformen, KI-Ökosystemen und skalierbaren Geschäftsmodellen, die global schnell wachsen können. Die OECD, die Bundesbank und der Sachverständigenrat sehen Defizite bei Investitionen, Innovationskoordination und der Skalierung digitaler Geschäftsmodelle.

Das kleinteilige, sektorale Denken in der Politik führt zu Koordinationsproblemen, kurzfristigen Maßnahmen und fehlender strategischer Gesamtausrichtung führen kann.

Irreführende (kameralistische) Buchführung

Die praktizierte kameralistische Buchführung erfasst nur Kapitalströme und führt deshalb zu Fehlinterpretationen. So kam es über Jahrzehnte hinweg zur Vernachlässigung der Modernisierung und Instandhaltung staatlicher Infrastruktur sowie der Verteidigungsfähigkeit. Warum das so ist, erläutert das folgende Beispiel.

Beispiel: Folgen der kameralistischen Buchführung

Die Beispiele sind zahlreich und symptomatisch:

- Verkehrsinfrastruktur: Mehr als 4.000 Brücken im Bundesfernstraßennetz gelten als sanierungsbedürftig oder nicht mehr tragfähig, darunter die marode Rahmede-Talbrücke, deren Sperrung 2021 massive wirtschaftliche Schäden verursachte (Bundesrechnungshof, 2023).
- Digitale Infrastruktur: Deutschland liegt bei den Glasfaseranschlüssen im OECD-Vergleich weiterhin im unteren Drittel; der Rückstand ist Ergebnis jahrelanger Unterinvestition und regulatorischer Fehlanreize (OECD, 2023).
- Schulen und öffentliche Gebäude: Der kommunale Investitionsrückstand beträgt laut KfW-Kommunalpanel 2024 rund 186 Milliarden Euro, insbesondere bei Schulen, Verwaltungsgebäuden und Verkehrsanlagen (KfW Research, 2024).
- Verteidigungsfähigkeit: Die Bundeswehr weist trotz steigender Bedrohungslage erhebliche Material- und Ausrüstungsdefizite auf; zentrale Systeme sind nur eingeschränkt einsatzbereit, wie diverse Quellen berichten.

Die dadurch unterlassene Instandhaltung und Modernisierung – beispielsweise bei der Infrastruktur oder Verteidigung – erzeugt im Haushalt einen Scheinüberschuss. Dieser verführt zu überhöhten Konsumausgaben und suggeriert „Wohlstand“. Dieser beruht jedoch nicht auf realem Wachstum, sondern auf

dem schleichenden Verzehr von Substanz: Formal erscheinen die Haushalte zwar ausgeglichen, doch der reale Zustand der Infrastrukturen und der Verteidigungsfähigkeit verschlechtert sich kontinuierlich. Dieses System setzt offensichtlich Fehlanreize, da versäumte Ausgaben reale Überschüsse vorgaukeln.

Welche konkreten Folgen hat das? Es entsteht eine verzerrte Abbildung der Realität: Die Ausgaben für Zukunftsinvestitionen lassen den Haushalt negativer und die unterlassenen Instandhaltungsmaßnahmen positiver erscheinen, als er tatsächlich ist. Aus haushalterischer Sicht lohnt es sich, Zukunftsinvestitionen und Instandhaltungsmaßnahmen zu unterlassen, da die Einsparungen sofort sichtbar sind, während die Schäden (Substanzverlust, Verschleiß usw.) erst mittel- bis langfristig zutage treten. Es wird ein Scheinwohlstand suggeriert: Die Haushaltszahlen verdecken die reale Erosion staatlichen Vermögens.

Der haushaltstechnisch unsichtbare Substanzverzehr ist ökonomisch hochproblematisch, da er zu steigenden Folgekosten, sinkender Produktivität, geringerer Standortattraktivität und wachsender Abhängigkeit von Notmaßnahmen führt. Inzwischen übersteigen die Reparaturkosten bei vielen Projekten die ursprünglichen Investitionsbedarfe um ein Vielfaches.

In diesem Zusammenhang ist auf die oft zu erlebende Fehlinterpretation des Bruttoinlandsprodukts (BIP) hinzuweisen: Bei einem nominalen BIP von +1 %, einer Inflation 1,5 % und bei einem Verschleiß zuzüglich Überalterung von 2 % ergibt sich eine reale Schrumpfung des Nettoinlandsprodukts um 2,5 %; denn nach Abzug der Inflation (also preisbereinigt) ergibt sich das reale BIP. Nun müssen noch zusätzlich Verluste durch Verschleiß und Überalterung abgezogen werden, um das Nettoinlandsprodukt zu erhalten.

Versagen der vierten Gewalt als neutraler Kritiker

Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, dessen Wahrung von großer Bedeutung ist. Wird sie beschnitten, ist dies meist ein Zeichen argumentativer Schwäche. Wer die Äußerung anderer Argumente unterbindet, zweifelt offensichtlich an der Überzeugungskraft der eigenen.

In einer Gesellschaft des uneingeschränkten, öffentlichen und fairen Diskurses können Fehlentwicklungen aufgedeckt und Korrekturmöglichkeiten erörtert werden. Ein solcher Diskurs lebt von Vielfalt und einem fairen Umgang miteinander. Er befruchtet auch die politische Diskussion und trägt so zu einer höheren Qualität bei.

Die Meinungsfreiheit ist in Deutschland grundgesetzlich garantiert. Doch damit ist noch keine wünschenswerte Vielfalt gewährleistet. Diese wäre jedoch geboten, um möglichst vielen Auffassungen Gehör zu verschaffen.

Die Meinungsfreiheit ermöglicht nämlich nicht nur objektive Darstellungen der Sachlage. Sie bedeutet, die Freiheit zu haben, Inhalt und Art der Äußerungen selbst bestimmen zu können. Das schließt sowohl das Verschweigen als auch eine Überbetonung ein. Dies ist besonders relevant, wenn man sich vor Augen führt, dass Meinungsäußerungen im Dienst eigener Interessen erfolgen. Wer sich äußert, möchte etwas vermitteln oder bewirken.

Der Mangel an öffentlicher Meinungsvielfalt war während der Corona-Pandemie besonders augenfällig. Wir erlebten eine gefühlte Gleichschaltung der öffentlichen sowie vieler privater Medien. Es schien, als würde regelrecht Jagd auf sogenannte „Corona-Leugner“ gemacht. Ihre Meinungen wurden entweder verschwiegen oder diskreditiert. Auch wenn dies in guter Absicht geschehen sein mag, so wird hier das Problem der Meinungsfreiheit deutlich: Sie ermöglicht zwar eine objektive, vielfältige und faire Berichterstattung in den Medien, garantiert diese jedoch nicht.

Die Medien werden oft als vierte Gewalt² bezeichnet. Doch sie ist nicht unabhängig.

- Sie lebt von Informationen. Diese erhält sie u. a. von der Politik. Diese ist ihrerseits von den Medien abhängig, denn sie verschaffen ihr Aufmerksamkeit. Das Motto könnte also lauten: „Hilfst du mir, helfe ich dir.“ Darin liegt eine Gefahr für die Neutralität.
- Medien arbeiten gewinnorientiert. Ist der Gewinn durch eine bestimmte Nachricht gefährdet oder wird er gefördert, kann dies dazu verleiten das Recht auf Meinungsfreiheit gezielt zu nutzen, indem
 - zu verschweigen, was dem Gewinn abträglich sein kann.
 - herauszustellen, was ihnen nutzt, oder
 - zu kommentieren, wie es ihrem Gusto (private Ansicht, Selbstwertgefühl) entspricht.

Resümee: Auch die vierte Gewalt ist interessengeleitet und darf sich entsprechend verhalten. Gleichwohl ist es für die Wirtschaft nicht förderlich, wenn

- Medien in ideologische Engstirnigkeit verfallen oder Vielfalt vermissen lassen,
- sie glauben, den Konsumenten das Denken abnehmen zu müssen,
- sie sich als höchste moralische Instanz inszenieren,
- sie die Realität verzerrt darstellt,

denn alles das engt die Freiheit ein, die die Wirtschaft braucht, um sich entfalten zu können.

Empfehlung

Ein umfassender Neubeginn sollte glaubhaft sein und mit authentischen Politikern beginnen, die öffentlich klar aufzeigen

- welche Fehler gemacht wurden,
- wie die Situation tatsächlich ist, welche Probleme bestehen,
- was ist das übergeordnete große Ziel,
- welche Lösungen es gibt, dieses Ziel zu erreichen,
- welche Vor- und Nachteile die möglichen Lösungen bieten,
- welche Lösungen warum umgesetzt werden sollen,
- wie sie umsetzbar sind (was fehlt, was sie kosten, wie das finanziert werden soll, wie lange es dauert, bis Erfolge sichtbar werden).

Alle müssen gemeinsam anpacken, denn nur gemeinsam haben wir die Kraft und Ausdauer, die nötig ist, um unser Land in eine gedeihliche Zukunft zu führen.

Fazit

Die gegenwärtige Politik ist durch ein Geflecht struktureller Fehlentwicklungen geprägt – von Klientelpolitik und politischer Blasenbildung über schwindendes Vertrauen in die Problemlösungskompetenz, gebrochene Versprechen und selektive Regelbefolgung bis hin zu kurzfristigem Denken, medialer Dramatisierung und einem erodierenden gesellschaftlichen Wir-Gefühl. Zusammengenommen erzeugen diese Faktoren ein politisches System, das reaktiv statt strategisch, fragmentiert statt kohärent und opportunistisch statt regelgebunden agiert. Damit verliert die Politik ihren orientierenden Sinnhorizont und riskiert ihre Zukunftsfähigkeit wie auch ihre Fähigkeit zur gesellschaftlichen Gestaltung einzubüßen.

Der schleichende Niedergang der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich ist seit den 1990er Jahren sichtbar und wird durch einen sinkenden Exportanteil am Welthandel dokumentiert. Deindustrialisierung, Brain drain, marode Infrastruktur und Haushaltsengpässe trotz hoher Steuern und

² Genau genommen sind Medien keine Gewalt im verfassungsrechtlichen Sinn, sondern eine Kontrollinstanz. Dein Hinweis auf ihre ökonomische und politische Verflechtung ist aber ein realistischer Blick auf ihre Funktionsweise.

Abgaben kennzeichnen die Erosion eines Standorts, der einst für seine wirtschaftliche Stärke bekannt war.

Quellennachweis

- Alesina, A., & Tabellini, G. (2007). *Bureaucrats or politicians?* Journal of Public Economics, 91(1–2), 187–213.
- Benz, A., & Broschek, J. (2013). *Federalism and political performance: A comparative perspective on multilevel governance in Germany*. In A. Benz & J. Broschek (Eds.), *Federalism and political performance* (S. xx–xx). Verlag.Brücker, H., Rother, N., & Schupp, J. (2020). *IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten*. IAB.
- Brücker, H., Rother, N., & Schupp, J. (2019). *IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Ergebnisse 2018*. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).
- Bundesnetzagentur. (2024). *Bericht zu Netzsicherheitsmaßnahmen und Redispatch-Kosten*.
- Bundesrechnungshof. (2023). Bericht zur materiellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr.
- Deutscher Bundestag. (2023). *Studien der Wahl- und Parteienforschung: Fokus Wähler von SPD und Bündnis 90/Die Grünen* (WD 1 – 3000 – 001/23). <https://www.bundestag.de>
- Bundesnetzagentur. (2024). *Bericht zu Netzsicherheitsmaßnahmen und Redispatch-Kosten*.
- Bundesagentur für Arbeit (2026). *Bürgergeldstatistik 2025: Leistungsbeziehende nach Staatsangehörigkeit*.
- Bundesrechnungshof. (2023). Bericht zur materiellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr.
- Bundestagsdrucksache 21/6855, Antwort der Bundesregierung vom 2. Juli 2026: „46,65 Mrd. € Bürgergeld-Gesamtausgaben im Jahr 2025.“
- Deutsche Bundesbank. (2021). *Monthly Report: Public investment and infrastructure in Germany* (Monatsbericht). Deutsche Bundesbank.
- Downs, A. (1957). *An economic theory of democracy*. Harper & Row.
- Durkheim, É. (1893). *De la division du travail social*. Paris: Alcan.
- Edelman, M. (1988). *Constructing the Political Spectacle*. University of Chicago Press.
- Esser, F. (2013). *Mediatization of Politics*. Palgrave Macmillan.
- Esser, F., & Pfetsch, B. (2020). *Politische Kommunikation im digitalen Zeitalter*. Springer VS. <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-31436-1>
- Feld, L. P. (2018). *Ordoliberalism and the German economic model: Historical roots and contemporary relevance*. Journal/Book.
- Forschungsgruppe Wahlen. (2021). *Sozialstruktur der Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2021*. https://www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/Bundestagswahl_2021/
- Fukuyama, F. (1995). *Trust: The Social Virtues and the Creation of Prosperity*. Free Press.
- Haslam, S. A., Reicher, S. D., & Platow, M. J. (2011). *The New Psychology of Leadership*. Psychology Press.
- ifo Institut. (2023). *ifo Schnelldienst*.
- Hassel, A. (2023). *Parteien zwischen Bewegung und Regierung: Identitätskonflikte in der politischen Praxis*. Suhrkamp.
- Hüther, M., Bialek, S., Schaffranka, C., Schnitzer, M., Müller, S., Heymann, E., Maier, T., Falck, O., Flach, L., Pfaffl, C., & Schneider, C. (2023). *Deindustrialisierung: Schreckgespenst oder notwendiger Schritt im Strukturwandel der deutschen Wirtschaft?* ifo Schnelldienst, 76(3), 1–30. ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung.
- Jacobs, A. M., & King, D. (2009). *The Unsustainable American State*. Oxford University Press.
- ifo Institut. (2024). *ifo Jahresbericht 2023*. ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. <https://www.ifo.de/publikationen/2024/bericht/ifo-jahresbericht-2023>
- Institut der deutschen Wirtschaft. (2022). *Standort Deutschland: Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich*.
- IW Köln.
- Jun, U. (2025). *Das Parteiensystem im Zeichen zunehmender Fragmentierung und Polarisierung*. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de>

- KfW Research. (2024). Kommunalpanel 2024: Investitionsrückstände in Deutschland.
- Kitschelt, Herbert (2000): *Linkages between Citizens and Politicians in Democratic Polities*. Comparative Political Studies.
- Kolev-Schaefer, G. (2023). *Nachhaltigkeit und Resilienz globaler Wertschöpfungsketten: Ökonomische Aspekte*. Institut der deutschen Wirtschaft Köln. <https://www.iwkoeln.de/studien/galina-kolev-schaefer-11-12-2023-nachhaltigkeit-und-resilienz-globaler-wertschoepfungsketten.html>
- Kitschelt, H. (2000). *Linkages between Citizens and Politicians*. Cambridge University Press.
- Lamont, M. (2023). *Seeing Others: How Recognition Works—and How It Can Heal a Divided World*. One World.
- Lehmann, R., & Wollmershäuser, T. (2025). *Strukturwandel – Verliert die Industrie in Deutschland wirklich an Bedeutung?* Wirtschaftsdienst, 105(8), 554–561. <https://doi.org/10.2478/wd-2025-0144> ([doi.org in Bing](https://doi.org/10.2478/wd-2025-0144))
- Mair, P. (2013). *Ruling the Void: The Hollowing of Western Democracy*. Verso.
- McCoy, J., & Somer, M. (2019). *Polarization and the Global Crisis of Democracy*. American Behavioral Scientist.
- Münkler, H. (2023). *Zeitenwende: Deutsche Außenpolitik im Umbruch*. C.H. Beck.
- Norris, P. (2011). *Democratic Deficit*. Cambridge University Press.
- OECD. (2020). *International Migration Outlook 2020*. OECD Publishing.
- OECD. (2021). *OECD Economic Surveys: Germany 2021*. OECD Publishing.
- OECD. (2023). *Economic Surveys: Germany 2023*. OECD Publishing.
- Pariser, E. (2011). *The Filter Bubble*. Penguin.
- Pierson, P. (2004). *Politics in Time*. Princeton University Press.
- Putnam, R. D. (2000). *Bowling Alone*. Simon & Schuster.
- Rafelhüschien (2025) Generationenbilanz. <https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/publikationen/detailansicht/ehrbarer-staat-die-generationenbilanz-das-rentenpaket-ii/>
- Rusche, C. (2025). *Direktinvestitionsströme deuten die Deindustrialisierung Deutschlands an*. Wirtschaftsdienst, 105(3), 212–214. <https://doi.org/10.2478/wd-2025-0055>
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. (2022). *Jahresgutachten 2022/23: [Titel des Gutachtens]*. SVR.
- Schneider, C. Q., & Wurster, S. (2022). *Korruption und politische Kompetenzzuschreibung*. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft.
- Serfling, O., Lempp, J., & Rolf, J. N. (2023). *Parteianhängerschaft in Deutschland: Eine Analyse der Parteien und ihrer Anhängerschaften in Bund und Ländern*. Springer Nature. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-39553-7>
- SMARD. (2025). *Netzengpassmanagement: Maßnahmenvolumen und Kosten 2024*.
- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). (2024). *Deutschlands Außenwahrnehmung im internationalen Vergleich*. Berlin.
- Stokes, S. C. (2013). *Political Clientelism*. In *The Oxford Handbook of Political Science*. Oxford University Press.
- Streeck, W. (2016). *How will capitalism end? Essays on a failing system*. Verso.
- Sunstein, C. R. (2009). *Going to Extremes*. Oxford University Press.
- Sunstein, C. R. (2017). *#Republic*. Princeton University Press.
- Tajfel, H., & Turner, J. C. (1979). *The Social Identity Theory of Intergroup Behavior*. Brooks/Cole.
- Tetlock, P. E. (2005). *Expert Political Judgment*. Princeton University Press.
- Thomson, R., Royed, T., & Naurin, E. (2017). *The Fulfillment of Parties' Election Pledges*. American Journal of Political Science.